



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
MAG. VIKTOR KLIMA

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 713 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 20.015/4-4/1995

ANFRAGEBEANTWORTUNG
betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
DI Schöggel und Kollegen vom 25.1.1995,
Zl. 445/J-NR/1995, "Forschungsfinanzierung in Österreich"

XIX. GP.-NR
435 /AB
1995 -03- 24

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

zu 445 10

Zu Frage 1:

"Welche Stellung nehmen Sie als ein zuständiges Regierungsmitglied für einen wesentlichen Bereich der Wirtschaftspolitik zu dem in der Studie des IHS aufgezeigten Mängelkatalog ein?"

Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben eines Landes haben wesentliche Auswirkungen auf die Industriestruktur und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Daher sehe ich mich als Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr durch die Analyse, auf die in der Anfrage Bezug genommen wird, angesprochen, wenn auch "Wissenschaft und Forschung" primäre Kompetenzbereiche des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst darstellen. Den Befunden der Autoren *Felderer* und *Campbell* ist zuzustimmen, zumal sie auf gesicherter Datenbasis (etwa OECD-Daten) beruhen. Es ist jedoch anzumerken, daß die Studie nicht nur einen "Mängelkatalog" darstellt, sondern auch eine große Anzahl positiver Initiativen hervorhebt.

Aus Sicht meines Ressorts ist insbesondere auf die Unterausstattung des in der Studie "Technologiecluster" genannten Bereichs der Industrieforschung und technologischen Umsetzung zu verweisen. Die von den Autoren vorgeschlagene "offensive Strategie" einer Ausweitung der für F&E zur Verfügung stehenden Mittel mit Schwerpunktsetzung im angewandten Bereich ist eine Notwendigkeit, um angesichts eines verschärften internationalen Wettbewerbs als Wirtschaftsstandort erfolgreich bestehen zu können.

In diesem Zusammenhang ist ganz besonders zu betonen, daß gerade zur Erreichung einer angemessenen Rücklaufquote aus dem EU-Forschungs- und Technologieprogrammen ver-

- 2 -

stärkte nationale Anstrengungen in diesen Bereichen notwendig sind. Daher ist eine Aufstockung vor allem der Mittel, die zur Förderung innovativer Vorhaben in der Industrie bzw. der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft dienen, unbedingt notwendig.

Allerdings gibt die vom BMWFK in Auftrag gegebene Studie die Realität nicht (mehr) vollständig wieder: Erstens wurde in der Zwischenzeit im Zusammenhang mit der Bildung der neuen Bundesregierung eine stärkere Konzentration der wirtschaftsnahen Forschung vorgenommen, zweitens ist in der zitierten Arbeit ein wesentliches koordinierendes und impulssetzendes Instrument nicht ausreichend berücksichtigt: der Innovations- und Technologiefonds (ITF) spielt eine wesentliche Rolle im heimischen Förderungsinstrumentarium. Durch die Einbeziehung der wesentlichen Akteure kann hier eine nicht zu unterschätzende konzeptive Tätigkeit entfaltet werden; als Beispiele dienen die Ausarbeitung eines technologiepolitischen Konzeptes der Bundesregierung (liegt als Expertenentwurf vor) oder die Erarbeitung von zukunftsweisenden Schwerpunkten (etwa Verkehrstechnologien, Informations- und Kommunikationstechnologien, Energietechnik, Umwelttechnik etc.).

Daher sollte auch ein Teil der notwendigen zusätzlichen Mittel in den ITF fließen, um die positiven Impulse, die diese Förderungseinrichtung für die österreichische Wirtschaft setzt, nachhaltig zu verstärken.

Zu Frage 2:

"Welche kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen werden Sie in Ihrem Ressortbereich setzen, um den F&E-Bereich generell an internationale Standards anzugeleichen?"

Als kurz- und mittelfristige Maßnahmen sind Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Kommunikationstechnologien und Verkehrstechnologien zu nennen. Neben der Förderung innovativer Projekte in diesen Feldern geht es auch um den Aufbau funktionierender Infrastrukturen. Dadurch können mehrfach wirksame Effekte erzielt werden:

Erstens werden innovative heimische Unternehmen gefördert und ihre Forschungsinitiativen durch Bündelung und Kooperation innerhalb von "Schirmen" gestärkt. Ziel ist es (etwa in den Schirmen "Lärmarme Bahn", "Lärmarme Straße", "Transportlogistik" oder "Integrierte Energiesysteme") Systemanbieterschaft auf internationalen Märkten zu erreichen oder auszubauen.

- 3 -

Zweitens dienen die Schwerpunktsetzungen des Ressorts in der Technologiepolitik dem Aufbau von effizienteren Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen; damit stellen sie ein wesentliches Element der Standortsicherung für heimische Firmen und ausländische Investoren dar.

Drittens kann der Staat durch eine technologieorientierte Beschaffungspolitik auch budgetneutral Innovationsschübe bewirken.

Viertens erfüllen die offensiven und technologieorientierten Strategien des BMÖWV wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse. Bei der Schwerpunktsetzung Telekommunikation geht es um die Verknüpfung wirtschaftlich zukunftsträchtiger Lösungen mit sozial nützlichen Anwendungen (etwa im Medizinbereich, dem Ausbildungssektor oder bei der räumlichen Verlagerung von Arbeitsplätzen - "Telearbeit"); das gleiche gilt für Entwicklungsarbeiten auf dem Verkehrstechniksektor, wo sich die Stärkung exportorientierter Industriecluster mit Maßnahmen zur besseren Umwelt- und Sozialverträglichkeit des öffentlichen und privaten Verkehrs verbindet.

Längerfristig geht es darum, zukunftsträchtige Maßnahmen der Forschungs-, Industrie-, Telekommunikations- und Infrastrukturpolitik so zu gestalten, daß Österreich als hochwertiger Standort erhalten bleibt. Die Rolle des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr als Infrastruktur- und Industrieministerium wird darin bestehen, ein hochwertiges Telekommunikationsnetz sicherzustellen, die Entwicklung von entsprechenden Anwendungsdienstleistungen zu fördern, weiters für technologische Schwerpunktsetzungen der österreichischen Industrie auf dem Verkehrssektor zu sorgen - hier geht es letztlich um die Gestaltung von Lösungen, die zugleich die internationale Position der heimischen Industrie stärken, umweltschonend sind und der Erhöhung der Infrastrukturqualität dienen. Letztere wird auch durch das Engagement des BMÖWV bei der Einrichtung von Industrieparks und Technologiezentren sichergestellt.

Zu Frage 3:

"Welche kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen werden Sie in Ihrem Ressortbereich setzen, um die in den Punkten 6.2.1-6.2.16 der Studie von den IHS-Experten geforderten Reformen durchzusetzen?"

- 4 -

Die Notwendigkeit für einen grundsätzlichen Wandel steht außer Frage; Österreich muß sich den Herausforderungen, die etwa mit dem verschärften internationalen Wettbewerb oder den Entwicklungen auf dem Informations- und Kommunikationssektor entstehen, stellen. Dazu gehört auch die Bereitstellung entsprechender Mittel (6.2.2.) für Forschung und technologische Entwicklung sowie für die dazugehörige Infrastruktur. Im Ressortbereich selbst ist seit einigen Jahren die Technologiekomponente bei den bestehenden Förderungen stark ausgebaut worden. Neben dem seit 1987 bestehenden ITF werden auch im ERP-Fonds immer mehr Mittel für technologisch orientierte Projekte vergeben. Auch das Instrument der Regionalen Innovationsprämie (RIP) stellt ein strukturveränderndes Instrument dar. Diese Fördermittel sollten erhöht werden, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß sie besonders stark industrieorientiert sind. Gerade in diesem Bereich haben die Studienverfasser eine zu geringe Mittelallokation bemängelt. In vielen Fällen wird eine Erhöhung auch durch kluge Co-Finanzierungen - etwa im Rahmen der EU-Strukturfonds - möglich sein. Eine Forschungsquote von 2 % oder mehr läßt sich freilich nur als Zielsetzung der gesamten Bundesregierung verwirklichen - im Konsens mit Vertretern aller politischen Parteien sowie der Interessensvertretungen. Die Erhöhung des F&E-Personals ist dafür eine notwendige Voraussetzung; hier liegen die zu setzenden Schwerpunkte allerdings beim Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Die notwendige Balance zwischen Wissenschaft und Technologie (6.2.3.) läßt sich ebenfalls nur durch gemeinsame Anstrengungen der gesamten Bundesregierung herstellen, wenn auch hier besondere Akzente durch das BMÖWuV gesetzt wurden und werden. Auf anwendungs- und damit industrieorientierte Schwerpunktsetzungen wie Verkehrs-, Energie- und Umwelttechnik sowie Kommunikationstechnologien wurden bereits hingewiesen. Die Implementation einer nationalen Forschungs- und Technologiepolitik (6.2.4.) findet im Rahmen des ITF in einem stärkeren Ausmaß statt als dies die Studie darstellt.

Die Punkte 6.2.5 bis 6.2.10. fallen in die Kompetenz des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Was das ÖSTAT (6.2.11.) anbelangt, ist ein baldiger Ausbau der Ressourcen für die Bereiche Forschung und Technologie geplant. Der Studie ist absolut zuzustimmen, wenn hier Nachholbedarf für Österreich festgestellt wird.

- 5 -

Der Vorschlag, eine Wissenschafts- und Technologiestiftung (6.2.12.) einzurichten, ist interessant. Vordringlicher wäre jedoch die Aufstockung der ITF-Mittel, um bestehende technologiepolitische Schwerpunktsetzungen durchschlagskräftiger gestalten zu können. Durch die nunmehrige Möglichkeit, im ITF neben Firmen auch Technologietransfereinrichtungen fördern zu können sowie durch die Einrichtung von Programm-Managements, schließlich wegen der allgemein technologiepolitischen Funktion des ITF verfügt dieses Koordinations- und Förderungsinstrument über die nötige Flexibilität zur Setzung von Schwerpunkten. Viele der Aufgaben, die der beschriebenen Stiftung zugedacht sind, können auch im ITF verwirklicht werden.

Art und Ausmaß der Förderung von kooperativen Forschungsinstituten (6.2.13.) ist zur Zeit in Diskussion; eine Beteiligung der öffentlichen Hand zumindest bei einigen dieser Institute wäre auch als Infrastrukturmaßnahme sehr positiv zu sehen. Federführend ist in diesem Bereich allerdings das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Klein- und Mittelbetriebe als das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft profitieren von den Maßnahmen des BMöWuV in zweifacher Hinsicht: einerseits geht ein beträchtlicher Teil der ITF-Förderungen an diese Unternehmen, andererseits bedürfen gerade kleinere Unternehmen funktionierender Infrastrukturen: besonders im Vordergrund stehen preisgünstige und vielfältige Kommunikationsmöglichkeiten. Diese bieten die Chance, selektive und aufbereitete Informationen an KMU's heranzutragen und sie so in ihren Entwicklungsarbeiten zu unterstützen. Ein weiterer Aspekt ist der, daß viele kleinere Betriebe als Netzwerkteilnehmer, als Bereitsteller von Anwendungen oder als Hardwareproduzenten durch die Herausbildung der Informationsgesellschaft kommerziell enorm profitieren werden. Schließlich haben mehrere Ressorts gemeinsam die Aufgabe, eine Technologie-Infrastruktur für Kleinbetriebe ins Leben zu rufen. Hier geht es um die Vernetzung von universitären und außeruniversitären Forschung mit den KMU's als Nutzer sowie um die Zurverfügungstellung von Beratungsdienstleistungen.

Mehrere der in der Studie angeführten allgemeinen Maßnahmen (6.2.15.) sind bereits realisiert: eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den Ministerien ist eingerichtet; der Transfergedanke im ITF verankert; Strukturinnovationen als wesentliches Element der Wirtschaftspolitik erkannt.

Schließlich besteht Konsens und Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Ressorts in der Frage der Nutzung der EU-Forschungs- und Technologieprogramme. Nationale Schwerpunkte werden laufend mit den EU-Programmen vernetzt und Finanzierungsmodelle entwickelt, die neben österreichischen Fondsförderungen auch Elemente enthalten, die durch die Kommission finanziert werden.

Zu Frage 4:

"Welche zusätzlichen budgetären Mittel werden Sie in der laufenden Legislaturperiode bis 1998 für die Durchsetzung der in den Punkten 6.2.1-6.2.16 der Studie von den IHS-Experten geforderten Reformen in Ihrem Ressort investieren?"

In der gegenwärtigen Situation lassen sich schwer genau definierte zusätzliche Budgetausgaben festlegen. Das Bemühen des BMÖWUv wird dahin gehen, technologische Impulse durch eine noch stärker technologieorientierte Beschaffungspolitik bei den großen Infrastrukturträgern auszulösen. Es handelt sich hier um beträchtliche Größenordnungen; die jährlichen Telekom-Investitionen etwa der Post liegen bei ca. 18 Mrd. öS. Das BMÖWUv wird weiters verstärkt Ressourcen für die Schaffung nationaler Industriekompetenz vor allem in den Sektoren Telekommunikation und Verkehr aufwenden; es geht hier auch darum, heimische Industriekonsortien in einem frühen Stadium zu fördern, damit eine erfolgreiche Teilnahme an den Rahmenprogrammen der EU ermöglicht wird.

Wien, am 17.3. 1995

Der Bundesminister